

Nordwest-Zeitung, Ammerländer vom 18.1.2010

Westersteder SPD wünscht Stadtrat für 2010 mehr Mut

LEITBILD „BÜRGERSTADT“ Vorsitzende Steguweit-Behrenbeck vermisst in Kernfragen Steuerungskonzepte



M. Steguweit-Behrenbeck

In der letzten Ratssitzung vor dem Jahreswechsel lehnte die SPD-Fraktion den Haushalt ab. Schon seinerzeit fehlte ihr in der Westersteder Kommunalpolitik ein „Roter Faden“.

VON HEINER OTTO

WESTERSTEDER - An die Adresse ihrer politischen Mitbewerber gerichtet verknüpft die Westersteder SPD alle guten Wünsche für das Jahr 2010 mit einer eher ungewöhnlichen Anregung: „Wir hoffen, dass die Ratsmehrheit einfach mutiger wird und Bereitschaft zeigt zu einer konstruktiven Umgestaltung auch sozialer Kernbereiche, von der unsere Bürgerinnen und Bürger profitieren könnten“, erklärte die SPD-Vorsitzende Martina Steguweit-Behrenbeck – auch Ratsfrau – in einer jüngst verbreiteten Presseerklärung.

Steuerungskonzepte

In wesentlichen Bereichen der Westersteder Kommunalpolitik fehlt es nach Ansicht der Sozialdemokraten an nachhaltigen Steuerungskonzepten, einhergehend mit dem Mut zu unbequemen Wahrheiten. Eine kommunale Sozialpolitik glaubt die SPD-Chefin gar nicht erkennen zu können.

Falsche Haushaltspolitik

Mit Blick auf die sich anbahnenden Warnhinweise beim demografischen Wandel lebe man in Westerstede in den Tag hinein, meinte Steguweit-Behrenbeck. Für geradezu phlegmatisch hält sie sogar die Grundtendenz der Mehrheitsgruppe, auf eine Prioritätenbildung im Haushalt zu verzichten. Wie berichtet, hatte sich die Ratsmehrheit zu linearen Kürzungen entschlossen. Das kritisieren SPD, Grüne und Unabhängige schon länger als rückschrittlich. Auch im Kreistag waren mit den Stimmen von CDU und FDP punktuelle Einsparmaßnahmen verabschiedet worden.

Gestaltungsaufgaben

Weiter sagte Steguweit-Behrenbeck: „Der Rat muss in Zeiten des Wandels mehr denn je seine Gestaltungsaufgaben wahrnehmen und nicht nur Ressourcen verwalten“. Für die SPD stehe das bereits mehrfach beschriebene Leitbild „Bürgerstadt“ nach wie vor im Zentrum aller politischen Überlegungen.

Quelle: Nordwest-Zeitung, Ammerland